

## 2. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 4. Juni 1980

|  |      |   |      |
|--|------|---|------|
| <b>Mitteilungen des Präsidenten</b>        | 15 A | <b>Vorstellung und Vereidigung der übrigen Mitglieder der Landesregierung</b> | 16 C |
|  |      | Rau, Ministerpräsident  | 16 C |
| <b>Wahl des Ministerpräsidenten</b>        | 15 B |   |      |
| Dr. Haak SPD                               | 15 B |   |      |
| Rau SPD                                    | 16 A | <b>Entgegennahme der Regierungserklärung</b>                                  | 17 B |
| Ergebnis                                   | 16 A | Rau, Ministerpräsident  | 17 B |
| <b>Vereidigung des Ministerpräsidenten</b> | 16 A | <b>Nächste Sitzung</b>  | 30 D |

**Entschuldigt waren für den 4. Juni 1980:**

SPD: Pardon

CDU: Lakämper

**(A) Beginn: 10.02 Uhr**

**Präsident van Nes Ziegler:** Ich eröffne die heutige Sitzung und heiße Sie recht herzlich willkommen. In den Willkommensgruß schließe ich unsere Gäste auf der Tribüne und die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen ein.

Am heutigen Tage feiert seinen Geburtstag Herr Abg. Friedhelm Ottlinger von der Fraktion der SPD. Er wird 50 Jahre alt.

(Beifall)

Herzlichen Glückwunsch, Herr Kollege!

Meine Damen und Herren, Sie haben die Tagesordnung für die heutige Sitzung erhalten.

Ich darf noch bekanntgeben, daß die Herren Abgeordneten Lakämper von der Fraktion der CDU und Pardon von der Fraktion der SPD für die heutige Sitzung **entschuldigt** sind. Beide Kollegen können aus gesundheitlichen Gründen nicht an der Sitzung teilnehmen.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Ich rufe **Punkt 1** auf:

**Wahl des Ministerpräsidenten****(B)**

Nach Art. 52 Abs. 1 LV wählt der Landtag aus seiner Mitte in geheimer Wahl ohne Aussprache den Ministerpräsidenten mit mehr als der Hälfte der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder.

Es ist parlamentarischer Brauch, daß die Fraktionen in der Reihenfolge ihrer Stärke Vorschläge machen. Ich frage zunächst die SPD-Fraktion. Herr Abg. Dr. Haak hat das Wort.

**Dr. Haak SPD:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion des Hauses schlage ich Ihnen vor, den bisherigen Ministerpräsidenten, Herrn Abg. Johannes Rau, zum Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen zu wählen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Die Fraktion der CDU macht keinen Vorschlag. Dann kommen wir zur Wahl.

Ich darf um Aufmerksamkeit für das Wahlverfahren bitten. Sie erhalten einen weißen Stimmzettel, auf dem Sie mit „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ stimmen können.

Machen Sie bitte Ihre Wahl durch ein Kreuz in dem entsprechenden Kreis kenntlich! Leere Stimmzettel zählen als ungültige Stimmen. **(C)**

Nun zum Wahlverfahren selbst! Sie werden nachher von dem Schriftführer aufgerufen, und zwar in alphabetischer Reihenfolge. Ich bitte, dann zum Stenographisch zu kommen, und zwar von Ihnen aus gesehen rechts. Dort nehmen Sie die Wahlunterlagen – Stimmzettel und Umschlag – in Empfang, gehen zur Wahlkabine, die Sie auf dieser Seite sehen, üben Ihre Wahl aus, legen den Stimmzettel in den Umschlag, gehen hinter dem Präsidium auf der anderen Seite wieder hinunter, legen Ihren Stimmzettel in die Urne und kehren zu Ihrem Platz zurück.

Wird zum Wahlverfahren das Wort gewünscht? Bestehen Unklarheiten? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen damit zur Wahl. Vorgeschlagen ist Herr Abg. Rau. Ich bitte Herrn Abg. Riehemann, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt. – Dabei wird festgestellt, daß Abg. Knipschild CDU nicht anwesend ist.)

Meine Damen und Herren, ich frage, ob alle Abgeordneten ihre Stimme abgegeben haben. Ist jemand nicht aufgerufen worden? – Das ist nicht der Fall. Alle Abgeordneten, die anwesend sind, haben ihre Stimme abgegeben. Ich schließe damit die Wahlhandlung und bitte die während des Wahlaktes eingesetzten vier Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen. **(D)**

(Die Stimmen werden ausgezählt.)

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, wieder Ihre Plätze einzunehmen. Dem Landtag gehören 201 Abgeordnete an. Zwei Abgeordnete sind entschuldigt. Ein Abgeordneter ist abwesend. Es haben sich demnach 198 Abgeordnete an der Wahl beteiligt. Es sind auch 198 Stimmen abgegeben worden; davon sind 198, also alle, gültig. Mit Ja stimmten 105 Abgeordnete;

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

mit Nein stimmten 91 Abgeordnete; zwei Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

(Beifall bei der SPD)

Damit hat Herr Abg. Rau die verfassungsmäßig vorgeschriebene Mehrheit erhalten und ist zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Herr Abg. Rau, ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl an?

(A) **Rau SPD:** Ich nehme die Wahl an.

(Beifall bei der SPD – Zunächst gratuliert Abg. Dr. Haak SPD dem Ministerpräsidenten und überreicht ihm einen Strauß roter Nelken. Bei weiter anhaltendem Beifall der SPD gratuliert sodann Abg. Dr. Biedenkopf CDU. Weitere Gratulanten schließen sich an.)

**Präsident van Nes Ziegler:** Dann darf ich Ihnen auch meine Glückwünsche aussprechen, damit Sie nicht meinen, ich hätte etwas gegen Sie!

(Heiterkeit)

Wir kommen zu **Punkt 2** der Tagesordnung:

#### **Vereidigung des Ministerpräsidenten**

Art. 53 der Landesverfassung schreibt vor, daß die Mitglieder der Landesregierung bei ihrem Amtsantritt vor dem Landtag einen Amtseid zu leisten haben. Herr Ministerpräsident, ich bitte Sie, zu mir zu kommen, damit Sie vor dem Landtag diesen Eid ablegen.

(Ministerpräsident Rau wird vereidigt.)

Herzlichen Glückwunsch, Herr Ministerpräsident! Ich hoffe, daß Sie Ihr Amt zum Wohle unseres Volkes und unseres Landes ausüben werden. Und auf gute Zusammenarbeit mit dem gesamten Landtag und der von Ihnen gebildeten Regierung!

(B)

(Beifall bei der SPD – Ministerpräsident Rau begibt sich zu den Abgeordnetenbanken zurück.)

– Herr Ministerpräsident, ich bitte Sie, als gewählter und vereidigter Ministerpräsident auch den Ihnen zustehenden Platz in Anspruch zu nehmen.

(Ministerpräsident Rau begibt sich auf den Platz des Ministerpräsidenten auf der Regierungsbank.)

Herr Ministerpräsident, ich muß Sie doch noch einmal bitten, zu mir zu kommen. Ich habe – da ich zehn Jahre nicht in Übung war – vergessen, Ihnen die Urkunde zu überreichen.

(Heiterkeit – Präsident van Nes Ziegler händigt Ministerpräsident Rau die Urkunde gemäß § 2 des Landesministergesetzes aus.)

Meine Damen und Herren, der Herr Ministerpräsident hat mir mitgeteilt, daß er seine Regierung sofort zu ernennen wünscht. Ich unterbreche deshalb die Sitzung für 20 Minuten. Das heißt, daß wir uns um 11.30 Uhr

hier wiedersehen werden. Ich bitte die Abgeordneten, im Saal oder in der nächsten Umgebung zu bleiben. (C)

(Unterbrechung von 11.06 bis 11.30 Uhr)

**Präsident van Nes Ziegler:** Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Wir kommen zu **Punkt 3** der Tagesordnung:

#### **Vorstellung und Vereidigung der übrigen Mitglieder der Landesregierung**

Der Herr Ministerpräsident hat mir mitgeteilt, daß er nunmehr sein Kabinett vorzustellen beabsichtigt. Ich erteile ihm das Wort.

**Rau, Ministerpräsident:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beehre mich, dem Hohen Hause mitzuteilen, daß ich gemäß Art. 52 Abs. 3 der Landesverfassung folgende Mitglieder der Landesregierung ernannt habe:

Herrn Dr. Diether Posser  
zum Finanzminister,

Herrn Dr. Herbert Schnoor  
zum Innenminister,

Frau Ingeborg Donnepp  
zum Justizminister,

Herrn Jürgen Girgensohn  
zum Kultusminister,

Herrn Professor Dr. Reimut Jochimsen  
zum Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr,

Herrn Professor Dr. Friedhelm Farthmann  
zum Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales,

Herrn Hans Otto Bäumer  
zum Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,

Herrn Hans Schwier  
zum Minister für Wissenschaft und Forschung,

Herrn Dr. Christoph Zöpel  
zum Minister für Landes- und Stadtentwicklung.

Den Geschäftsbereich des Ministers für Bundesangelegenheiten nehme ich einstweilen selber wahr. Wie Sie wissen, beabsichtige ich, Herrn Hermann Heinemann zum Minister für Bundesangelegenheiten zu ernennen. Wegen seiner Erkrankung will ich dies heute noch nicht tun. – Ich möchte ihm von hier aus herzliche und freund-

(D)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) schaftliche Wünsche übermitteln und hoffe, daß er bald wieder gesund sein wird.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Ich danke Ihnen, Herr Ministerpräsident. Der Landtag hat von den Berufungen Kenntnis genommen.

Ich bitte nun die Frau Minister und die Herren Minister, die eben genannt worden sind, zu mir zu kommen, damit ich die Vereidigung vornehmen kann.

(Die neuernannten Minister begeben sich zum Präsidentenplatz.)

Herr Girgensohn, nach Ihrer religiösen Überzeugung bekräftigen Sie den Eid nicht durch die religiöse Formel. Ich entbinde Sie deshalb davon, die Schwurhand zu heben. Die Dame und die übrigen Herrn haben keine Bemerkungen gemacht.

(Präsident van Nes Ziegler vereidigt die Mitglieder der neuen Landesregierung.)

Frau Minister! Meine Herrn Minister! Ich darf Ihnen namens des Hauses meinen Glückwunsch aussprechen. Ich wünsche Ihnen eine erfolgreiche Arbeit in Ihren Ressorts.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Ich bitte Sie, nun auf der Regierungsbank Platz zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zu **Punkt 4** der Tagesordnung:

#### Entgegennahme der Regierungserklärung

Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

**Rau, Ministerpräsident:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bürger unseres Landes haben sich am 11. Mai klar entschieden. Sie haben die soziale und liberale Politik, die seit 1966 Grundlage unserer Arbeit für dieses Land ist, überzeugend bestätigt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sie haben uns damit den Auftrag gegeben, die Zukunft unseres Landes weiter zu gestalten. Wir stellen uns dieser Verantwortung. Wir gehen unseren erfolgreichen Weg entschlossen und beharrlich weiter. Deshalb will ich am Beginn meiner Regierungserklärung zwei Grundsätze wiederholen, die ich schon im September 1978 ausgesprochen habe:

- (C) – Wir wollen die Freiheit im Staat und die Liberalität des Staates sichern.

(Beifall bei der SPD)

- Wir wollen zur Menschlichkeit und zur Solidarität in der Gesellschaft beitragen.

(Beifall bei der SPD)

Ich füge heute hinzu:

- Die Landesregierung ist für alle Bürger da. Wir wollen allen ein Gesprächspartner sein.

(Erneuter Beifall bei der SPD)

Weil aber das Gespräch mit allen nicht gleichzeitig ein Gespräch mit jedem sein kann, führen wir es besonders mit den gesellschaftlichen Gruppen: den Gewerkschaften, den Arbeitgebern, den Kirchen und den Verbänden.

Die Landtagswahl hat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Mehrheit der Mandate gebracht. Ich danke allen Bürgern, die uns ihre Stimme gegeben haben.

(Beifall bei der SPD)

- (D) Wir wollen ihr Vertrauen mit unserer Arbeit zum Wohle des ganzen Landes rechtfertigen.

Die Freie Demokratische Partei ist nach einem für sie knappen Wahlausgang nicht mehr in den Landtag zurückgekehrt. Als Sozialdemokrat und als Chef der Landesregierung habe ich zu danken für faire und vertrauensvolle Zusammenarbeit, die uns in drei Legislaturperioden mit der FDP und ihrer Landtagsfraktion verbunden hat.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Landtag gibt es jetzt nur noch zwei Parteien. Die Landesregierung stützt sich auf die Fraktion der aus den Wahlen als stärkste politische Kraft hervorgegangenen SPD und auf enge Zusammenarbeit mit ihr. Die Landesregierung wird mit der CDU-Fraktion, der die Wähler die Rolle der Opposition übertragen haben, den Dialog suchen. Ich möchte, daß es zu einem fairen Wettstreit der Argumente kommt. Die Landesregierung wird zugleich ihren verfassungsmäßigen Auftrag wahrnehmen und handeln.

Der Beginn der neuen Legislaturperiode fällt zusammen mit dem Beginn eines neuen Jahrzehnts. Wir stehen nicht am Anfang einer neuen Epoche, aber wir stehen vor großen Herausforderungen. Ein Teil dieser Herausforderungen ist neu und verlangt neue Antworten.

(Rau, Ministerpräsident)

(A) Ich nenne die wichtigsten Herausforderungen:

- Die Veränderungen der weltpolitischen Lage und der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden sich noch stärker auf unser Land, auf seine Wirtschaft und auf die Arbeitswelt auswirken.
- Die Versorgung mit sicherer Energie wird schwieriger. Das Ende des Ölzeitalters rückt näher.
- Neue Technologien schaffen neue Möglichkeiten; sie können aber auch unzumutbare Arbeitsbedingungen verursachen, und sie können Arbeitsplätze gefährden oder gar vernichten.
- Wir brauchen zusätzliche Ausbildungs- und Arbeitsplätze; denn bis zum Ende des Jahrzehnts drängen die geburtenstarken Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt.
- Wir müssen unsere natürlichen Lebensgrundlagen im Interesse des Lebens und der Gesundheit aller Bürger bewahren.

Wer Politik für die Zukunft verantworten will, muß unsere gegenwärtige Situation im ganzen verstehen und die Einzelfragen in ihrem Zusammenhang sehen. Die einfache Gleichung von Fortschritt und Wirtschaftswachstum geht nicht mehr auf, seitdem wir wissen, daß Wachstum nicht mehr so weitergehen kann, wie es jahrzehntelang erwartet wurde.

(Zustimmung bei der SPD)

Für viele ist unklar geworden, was Fortschritt bringt und was Zukunft bedeutet. Wir müssen Antwort auf diese Fragen geben.

Unser Land ist auf diese Herausforderungen gut vorbereitet. Wir haben in den 14 Jahren unseres Regierens in Nordrhein-Westfalen entscheidende Weichen gestellt. Wir haben einen Stau von unbewältigten Problemen abgebaut: in der Bildung, in der Wirtschaft, im Verkehr, im Gesundheitswesen, in der Stadtentwicklung und in der Wohnversorgung. Ungeachtet der sachlichen politischen Auseinandersetzung ist dies alles viel einvernehmlicher erreicht worden, als Wahlkämpfe und der Zwang zur Wahlentscheidung das manchmal haben erkennen lassen.

Auf dem, was wir in erfolgreicher Arbeit geschaffen haben, werde ich aufbauen und versuchen, unserer Politik eine neue Orientierung auf die Zukunft hin zu geben. Die Wähler haben uns ihr Vertrauen ausgesprochen, weil sie uns eine überzeugende Antwort auf die Fragen der achtziger Jahre zutrauen.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Antwort ist: Wir wollen eine solidarische Gesellschaft. (C)

(Beifall bei der SPD)

Wir haben gesagt: In schwierigen Zeiten brauchen wir mehr Solidarität, nicht weniger. Eine Politik der Rücksichtslosigkeit wird in uns entschiedene Gegner finden.

(Beifall bei der SPD)

In einer solidarischen Gesellschaft kann der einzelne ein Höchstmaß an Freiheit und an Selbstentfaltung finden, und die Gemeinschaft kann in einem Höchstmaß an innerem Frieden und Stabilität leben. Nur die solidarische Gesellschaft gibt uns die Kraft für Sicherheit in den achtziger Jahren.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen in unserem Lande wollen auch morgen in Frieden leben. Sie wollen frei sein von Angst und Not. Deshalb ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit die Sicherung des Friedens im Inneren und nach außen.

(Beifall bei der SPD)

Vieles aus unserer politischen Arbeit hat hier seinen Ursprung. Beispiele dafür sind (D)

- unser beharrliches Eintreten für Entspannung zwischen Ost und West, unser Bemühen um einen Ausgleich zwischen Nord und Süd,
- unsere großen Anstrengungen für die Erschließung neuer Energietechniken,
- unser Kampf für mehr Vollbeschäftigung, für sichere Arbeitsplätze, für humane Arbeitsbedingungen, für Sicherheit im Alter und
- unsere verantwortungsbewußte Finanzpolitik.

(Lachen bei der CDU)

Die Menschen wollen eine Gesellschaft der Zuwendung und der Geborgenheit. Der Staat kann das nicht garantieren; aber die praktische Politik kann dazu helfen.

Wir wollen mithelfen, daß die Wohnwelt in den achtziger Jahren menschlicher und liebenswerter wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind skeptisch gegenüber einer totalen Fernsehgesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Wir wollen das Gespräch zwischen den Generationen voranbringen, Verständigungsschwierigkeiten zwischen Älteren und Jungen überwinden helfen und Verständnis füreinander wecken.

(Beifall bei der SPD)

Den alten Menschen sagen wir: Ihr gehört zu uns.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen die Randgruppen in unsere Mitte holen.

(Beifall bei der SPD)

Die Bürger unseres Landes wollen in ihrer persönlichen Verantwortung für ihr Tun auch Anerkennung finden. Jeder erbringt seine persönliche Lebensleistung. Eine Gesellschaft, die diese Lebensleistung nur im Geld sieht, zerstört ihren eigenen inneren Zusammenhalt.

(Zustimmung bei der SPD)

Dagegen stellen wir uns.

Wir treten ein für ein Bildungssystem, das dem einzelnen persönliche Entfaltungschancen gibt und das seinen Lebensweg nicht schon in jungen Jahren fest schreibt.

(B)

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Auch in der Arbeitswelt sind Selbstgestaltung und Eigenverantwortung nötig. Die moderne Industrieproduktion setzt dem enge Grenzen. Dennoch will die Landesregierung dazu beitragen, eine Gestaltung der Arbeitsabläufe zu erreichen, die Raum für Eigeninitiative und Verantwortungsbewußtsein der Arbeitnehmer schafft.

(Beifall bei der SPD)

Die tatsächliche Gleichstellung der Frau ist eine der großen Aufgaben dieses Jahrhunderts. Wir müssen Vorurteile überwinden. Frauen dürfen nicht länger benachteiligt werden, weder in der Familie noch im Beruf.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Die Menschen in unserem Lande wollen, daß unser aller Tun einen erkennbaren Sinn behält. Sie wollen, daß Politik an Wertmaßstäbe gebunden ist.

Deshalb treten wir für einen Ausgleich der Interessen zwischen den reichen und den armen Völkern ein.

(Beifall bei der SPD)

Wir dürfen nicht hinnehmen, daß es der großen Mehrheit der Menschen so viel schlechter geht als uns. (C)

Wir setzen Schwerpunkte unserer Politik bei der Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Das wirkt mehr und mehr in unser Leben hinein, und das fordert auch unsere Verantwortung für die nachfolgenden Generationen.

(Beifall bei der SPD)

Die Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer bei uns aufgewachsenen Kinder ist eine Aufgabe, die von uns in den kommenden Jahren besonders viel Solidarität erfordert.

(Zustimmung bei der SPD)

Mit diesen Beispielen, meine Damen und Herren, will ich deutlich machen: Solidarische Gesellschaft ist nur möglich in Sicherheit und ohne Angst, im Miteinander und ohne Ellenbogen, mit selbstbewußten Menschen, die nicht alles nur am materiellen Erfolg messen.

(Beifall bei der SPD)

Politik begegnet heute einem Bürger, der Mitsprache verlangt, der Selbstentfaltung fordert, der in Frage stellt. Der Politiker, der diese Souveränität des Bürgers – diese neugewonnene Souveränität des Bürgers – von vornherein negativ bewertet und nicht über den Wahltag hinausdenkt, vertut wertvolle Möglichkeiten. Eine Politik, die sich der begleitenden Kritik durch den Bürger nicht verschließt, muß bereit sein zu lernen und, wenn nötig, umzudenken. Das betrifft die Rangordnung – und damit ist nicht nur die Reihenfolge gemeint – der politischen Aufgaben ebenso wie die Art und Weise, in der Politik gemacht wird. (D)

Nordrhein-Westfalen ist ein Land mit 17 Millionen Einwohnern. Seine Guthaben sind: die zentrale geographische Lage in der Mitte Europas und der Bundesrepublik Deutschland, die Vielfalt seiner Kultur, die Leistungsfähigkeit seiner Wirtschaft, der Fleiß und die Offenheit seiner Bürger.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen hier bei uns sind stolz auf unser Land.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Sie wollen hier leben, sie verstehen zu leben, und sie lassen leben. Und keiner von uns sollte ihnen dieses Land miesmachen.

(Beifall bei der SPD)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Die Bürger dieses Landes und ganz besonders die im Ruhrgebiet haben die internationalen Spannungen und ihre Auswirkungen immer besonders drastisch zu spüren bekommen. Ich nenne nur Stichworte, die für viele bedrückende Lebenserfahrung sind: Waffenschmiede, Ruhrkampf, Bombenkrieg, Demontage. Die Menschen in unserem Land haben ein Gespür für Krisen und für das, was für sie daraus erwachsen kann. Wer um ihr Vertrauen wirbt, darf auch im Wahlkampf nicht so tun, als ließen sich die Probleme dieses Landes von denen der Bundesrepublik Deutschland, Europas und der Welt isolieren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Diese Zusammenhänge haben wir den Bürgern dargestellt, und sie haben sie in ihre Wahlentscheidung einbeziehen können.

Nordrhein-Westfalen ist Gliedstaat der Bundesrepublik Deutschland. Nordrhein-Westfalen wird die Politik der Entspannung, der Humanität und des friedlichen Ausgleichs unter den Völkern solidarisch unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die Politik der sozial-liberalen Bundesregierung. Alle Menschen in der Bundesrepublik Deutschland wollen Frieden. Wir unterstützen die Friedenspolitik der Bundesregierung.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung steht auch zur Innenpolitik der Bundesregierung. Sie wird ihr politisches Gewicht und ihre Stimme im Bundesrat für die Verwirklichung der gemeinsamen Ziele einsetzen. Sie wird ebenso entschlossen das Gewicht Nordrhein-Westfalens nutzen, um seine Interessen und die bundesstaatliche Ordnung zu wahren.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung erwartet, daß der Bund das Land Nordrhein-Westfalen dort unterstützt, wo es besondere Lasten aus gesamtstaatlicher Verantwortung trägt.

Die Landesregierung wird ihrerseits im Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern für eine gerechte Berücksichtigung der neuen Lasten eintreten, die infolge der weltpolitischen Situation auf die Bundesrepublik Deutschland zukommen. Nordrhein-Westfalen ist bereit, im Rahmen der Verhandlungen über die Steuerneuverteilung seinen Anteil zu tragen.

Geordnete Finanzen gehören zu den Voraussetzungen für ein stabiles politisches System

(Sehr richtig! und Beifall bei der CDU)

und für die Erhaltung und den Ausbau der sozialen Demokratie. (C)

(Beifall bei der SPD – Weiterhin Beifall bei der CDU)

Nordrhein-Westfalen war in den letzten Jahren gezwungen,

(Aha! bei der CDU)

höhere Kredite aufzunehmen, um die Arbeitsplätze zu sichern.

(Beifall bei der SPD – Lachen und Zurufe von der CDU)

Die Nettokreditaufnahme muß auch in Zukunft auf das fiskalisch Mögliche und auf das wirtschaftspolitisch Notwendige begrenzt werden.

(Zurufe von der CDU)

Die Finanzierungsspielräume sind eng. Umschichtungen im Rahmen des Haushalts werden zu einer dringenden Aufgabe. Sie sollen vor allem auf die Förderung von Innovationen und Zukunftsaufgaben gerichtet sein.

Ziel bei alledem bleibt, die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes auch in Zukunft zu wahren, um das jeweils Notwendige tun zu können. (D)

(Beifall bei der SPD)

Was notwendig ist, wird von den Bedürfnissen und Sorgen der Menschen im Lande und von den Aufgaben bestimmt, die uns allen aus diesen Bedürfnissen und Sorgen erwachsen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

In die Mitte unserer Politik der Solidarität stellen wir Vollbeschäftigung und menschliche Arbeitsplätze.

(Beifall bei der SPD)

Arbeitslosigkeit ist keine unvermeidliche Begleiterscheinung unserer Wirtschaftsordnung.

(Zuruf von der CDU: Was habt ihr denn gemacht?)

Arbeitslosigkeit ist keine bloße Zahl in der Statistik; dahinter stehen menschliche Schicksale. Im Art. 24 unserer Landesverfassung heißt es:

Jedermann hat ein Recht auf Arbeit.

Das ist für uns ein Auftrag.

(Beifall bei der SPD)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Wir halten es für einen Erfolg, daß seit Mitte 1978 die Zahl der Arbeitslosen abnimmt – auch im Ruhrgebiet. Dennoch sage ich: Jeder Arbeitslose ist ein Arbeitsloser zuviel.

(Beifall bei der SPD)

Der Staat hat politische Mitverantwortung für Vollbeschäftigung. Wir wissen, daß Arbeitsplatzsicherheit, sozialer Fortschritt und menschlichere Arbeitsbedingungen nicht ohne Wirtschaftswachstum und nicht ohne Produktivitätsfortschritte zu erreichen sind.

(Aha! bei der CDU)

Aber Wachstum muß an soziale Bedingungen gebunden sein und an ökologischen Zusammenhängen gemessen werden. Deshalb setzen wir nicht allein auf die Kräfte des Marktes.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Arbeitsmarktpolitik ist zielgerichtet: Wir brauchen mehr Arbeitsplätze für Frauen, auch in Teilzeitbeschäftigung. Wir brauchen mehr Arbeitsplätze für Jugendliche ohne Schulabschluß, und wir wollen sie so fördern, daß sie qualifizierte und sichere Arbeitsplätze finden können. Das gilt auch für ausländische Jugendliche.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Ich rufe alle Arbeitgeber auf, die älteren und die behinderten Arbeitslosen wieder in Arbeit zu bringen. Da sollte sich niemand freikaufen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Wo noch Ausbildungsplätze fehlen, werden wir die betriebliche Ausbildung gezielt fördern, das berufliche Schulwesen anpassen und durch überbetriebliche Ausbildung ergänzen. Die Wirtschaft ist gefordert, genügend Arbeitsplätze für die ausgebildeten Jugendlichen zur Verfügung zu stellen. Soweit diese Anstrengungen nicht ausreichen, wird die Landesregierung ihre Programme zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit fortsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Wirtschaftspolitik hat drei große Ziele: eine leistungsfähige Wirtschaft, humanen Fortschritt und Schutz der Umwelt. Diese Ziele gilt es in Einklang zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Das Beispiel dafür, meine Damen und Herren, ist das Aktionsprogramm Ruhr. Es ist in seinem konzentrierten

Zusammenwirken von Wirtschafts- und Strukturpolitik, von Arbeitsmarkt- und Technologiepolitik, von Bildungs- und Kulturpolitik, von Städtebau, Wohnungsbau und Umweltschutz in der Bundesrepublik einmalig. Dieses Programm ist eine große finanzielle Kraftanstrengung für das industrielle Herz unseres Landes. Es wird über die ganze Legislaturperiode hinweg realisiert, und es wird weit darüber hinaus wirken. Hier sind zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Mittel eingesetzt worden; das Programm ist erfolgreich angelaufen, das Revier steht wieder unter Dampf.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung wird zugleich ihre Strukturpolitik in den anderen Regionen des Landes fortsetzen. Wir werden überall angemessen auf die Probleme im Lande reagieren.

Wir werden die Programme zur Gründung und Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen und für die freien Berufe weiterführen. Das soll unkompliziert und übersichtlich geschehen.

Wir werden die Mittel der Agrarpolitik gezielt einsetzen, damit Land- und Forstwirtschaft, Landschaft und ländlicher Raum ihre wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben erfüllen können. Die europäische Agrarpolitik muß zugunsten der Verbraucher und der kleinen und mittleren Landwirte grundsätzlich geändert werden.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Wenn unsere Wirtschaft international wettbewerbsfähig bleiben und wenn die Arbeitswelt menschlicher werden soll, dann sind neue Technologien nötig. Wir müssen aber auch ihre Risiken sehen. Die Mikroprozessoren sind nur ein Beispiel dafür.

Wir werden unsere Anstrengungen zur Humanisierung des Arbeitslebens fortsetzen. Nicht die Menschen haben sich den technischen Anforderungen zu unterwerfen, sondern Technik, Produktionsbedingungen und Arbeitsabläufe müssen den Menschen und ihren Möglichkeiten angepaßt werden.

(Beifall bei der SPD)

Der technische Fortschritt darf nicht zu neuen Gesundheitsgefahren führen, und alte Gefahren müssen abgebaut werden. Zugunsten besonders belasteter Arbeitnehmergruppen sind verstärkte Anstrengungen nötig: Ich nenne Schichtarbeiter, ältere Arbeitnehmer und noch einmal behinderte Arbeitnehmer.

Die Bewältigung des Strukturwandels und die Humanisierung der Arbeitswelt sind aber, meine Damen und Herren, in erster Linie Aufgaben der Unternehmen. Der Staat kann nur Rahmenbedingungen setzen, Anstöße

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) geben und für die soziale Sicherung der Betroffenen eintreten. Ich sage ganz klar: Strukturwandel darf nicht einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer gehen.

(Beifall bei der SPD)

Hier hat sich auch die Mitbestimmung zu bewähren. Selbstbewußte und starke Gewerkschaften können gerade im wirtschaftlichen Wandel die Chancen der Arbeitnehmer wahrnehmen. Die Landesregierung sieht in unabhängigen und starken Arbeitnehmerorganisationen einen wesentlichen Baustein unserer Wirtschaftsverfassung und unserer Demokratie.

(Beifall bei der SPD)

Bestand und Funktionsfähigkeit der Gewerkschaften dürfen nicht durch Aussperrung aufs Spiel gesetzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen über viele Probleme des Strukturwandels und der humanen Arbeitswelt noch zu wenig. Hier muß sich die Wissenschaft verstärkt engagieren, damit wir bessere Grundlagen für innovationspolitische Entscheidungen bekommen. Die nordrhein-westfälische Hochschulforschung leistet schon viel für den technischen Fortschritt. Aber ihre Ergebnisse müssen noch stärker als bisher in die Praxis umgesetzt werden. Praxisorientierte Forschung dient auch der Wissenschaft und ihrem Nachwuchs.

(B)

Der Mensch muß mit der technischen Veränderung Schritt halten können. Deshalb wird Weiterbildung immer wichtiger. Wir werden das Baukastensystem der Abschlüsse so vervollständigen, daß die berufliche Qualifikation und die Weiterbildung miteinander verschränkt werden. Ich bin stolz darauf, daß wir in Hagen die einzige Fernuniversität der Bundesrepublik haben. Wir erneuern unser Angebot an alle anderen Bundesländer, hier mitzutun.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung wird das Modellprogramm Bildungsurlaub weiterführen und dem Landtag nach seinem Abschluß einen Gesetzentwurf vorlegen.

(Beifall bei der SPD)

Damit wollen wir bessere Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Arbeitnehmer die Bildungsangebote auch wirklich nutzen können.

In der Energiepolitik, meine Damen und Herren, heißt Solidarität, auf die Sorgen und Ängste der Menschen

- Rücksicht zu nehmen, für ausreichende und sichere Energie zu sorgen und Energie zu sparen. (C)

(Geismann CDU: Aha!)

Wir in Nordrhein-Westfalen haben uns für den Vorrang der heimischen Kohle entschieden.

(Beifall bei der SPD)

Damit leisten wir einen unverzichtbaren Beitrag zur sicheren Energieversorgung in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Politik fügt sich nahtlos in die Energiepolitik der Bundesregierung und der Europäischen Gemeinschaft ein.

Für den Steinkohlebergbau kommt es jetzt darauf an, neue Lagerstätten zu erschließen. Beim Abteufen neuer Schächte und bei der Frage „Wohin mit den Bergehalde?“ müssen Energiepolitik, Umweltschutz und Landschaftspflege zum Wohl der Bürger in Einklang miteinander gebracht werden.

Wenn wir wieder mehr Bergleute gewinnen wollen, dann brauchen wir wieder mehr angemessene Bergarbeiterwohnungen.

(Beifall bei der SPD)

- Die Landesregierung wird sich an der Förderung beteiligen. (D)

Der neue Verstromungsvertrag ist für die Elektrizitätswirtschaft und den Bergbau eine sichere Grundlage für langfristige Entscheidungen. Neben dem Bau neuer Kohlekraftwerke müssen um des Umweltschutzes und um der rationellen Energieverwendung willen alte Kraftwerke durch neue ersetzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Der Ausbau und die Nutzung der Fernwärme und der Kraft-Wärme-Kopplung sind uns besonders wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Energie kann rationeller verwendet und Umwelt besser geschützt werden. Wir wollen in Verdichtungsgebieten die vorhandenen Fernwärmeeinrichtungen ausbauen und sie zu flächendeckenden Systemen verknüpfen.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Die Landesregierung wird die Entwicklung neuer Kohletechnologien weiter fördern. Sobald die Ergebnisse der Kohleveredlungsprogramme des Bundes und des Landes vorliegen, werden wir über Hilfen zur großtechni-

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) schen Nutzung entscheiden. Welche Standorte in Frage kommen, wie und mit welchen Beschränkungen sie genutzt werden können, das wird auf der Grundlage der Landesentwicklungsplanung näher zu bestimmen sein.

Ein wichtiges Ziel unseres Technologieprogramms ist die Nutzung der nuklearen Prozeßwärme. Dieses Verfahren ist zur Veredlung der Kohle von besonderer Bedeutung. Wir werden deshalb den Hochtemperaturreaktor in Schmehausen weiter fördern.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir in Nordrhein-Westfalen sitzen nicht nur auf der Kohle, wir setzen auf die Kohle!

(Beifall bei der SPD)

Das heißt konkret: Die Genehmigung weiterer Kernkraftwerke kommt nur in Betracht, wenn ein unabwiesbarer Bedarf dafür in unserem Lande besteht. Bei Genehmigungsverfahren werden auch Standortüberprüfungen anzustellen sein, und wir werden zugleich prüfen, ob bei der Lösung der Entsorgung auf der Basis des Beschlusses der Regierungschefs von Bund und Ländern konkrete Fortschritte erzielt worden sind. An diese Voraussetzungen haben wir uns gebunden.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Energieversorgung zu sichern heißt auch, Energie zu sparen – das gilt auch für alle Landesbauten. Wir werden aus den schon beschlossenen Maßnahmen ein Energiesparprogramm entwickeln. Wir wollen seine Konzeption öffentlich erörtern; denn ein solches Programm hat nur dann die Chance des Erfolges, wenn die Bereitschaft zum Energiesparen bei jedem einzelnen wächst.

Wirtschaftswachstum und Umweltschutz dürfen in einer solidarischen Gesellschaft kein Gegensatz sein; beide sind gleichrangig. Kurzfristig treten Zielkonflikte auf, aber sicher ist auch, daß vorausschauende und vorsorgende Umweltpolitik zur Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft beiträgt und neue Arbeitsplätze schafft.

Für unsere langfristig angelegte Umweltpolitik werden wir die Datenbasis verbessern. Mit dem Aufbau des automatischen Meßsystems für Luftverunreinigung haben wir einen ersten Schritt getan. Wir wollen die umweltpolitischen Handlungsmöglichkeiten erweitern: Im Bereich des Gewässerschutzes wird die Landesregierung das Abwasserabgabengesetz von 1981 an konsequent anwenden.

(Beifall bei der SPD)

Umweltschutz ist ein durchgehendes politisches Gestaltungsprinzip. Es erschien mir daher nicht sachgerecht, die Umweltfragen von den Fachfragen zu trennen

und sie dann einem speziellen Umweltministerium zuzuweisen. Ganz eindeutig liegt das Schwergewicht der Aufgaben des Umweltschutzes in zwei Ministerien: beim Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales und beim Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Jenseits aller Zuständigkeiten, die wohlgeordnet sind, braucht der Bürger eine Adresse, an die er sich immer wenden kann, wenn er Umweltschäden entdeckt. Deshalb werde ich die Regierungspräsidenten anweisen, eine Art „grünes Telefon“ einzurichten, über das die Bürger ihre Beobachtungen berichten können.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei der CDU)

Umweltschutz ist ja nicht nur eine staatliche Aufgabe, sondern vor allem Angelegenheit jedes einzelnen Bürgers.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sind der Landesregierung eine breite Information der Bevölkerung über umweltpolitische Zielsetzungen und der Dialog mit dem Bürger wichtig. Wir wollen diesen Dialog und die Zusammenarbeit auch mit den Verbänden des Umweltschutzes von uns aus suchen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Junge Menschen müssen sich entwickeln, sich verwirklichen und die Gesellschaft mitgestalten können. Wir wollen jungen Menschen eine persönliche, eine soziale und eine politische Perspektive geben, die ihren Interessen gemäß ist. Viele machen sich Sorgen um die Zukunft und haben Angst: Angst, nicht den gewünschten Beruf ergreifen zu können,

Angst, arbeitslos zu werden,

Angst, den Leistungsanforderungen der Gesellschaft nicht gerecht zu werden,

Angst, keinen Sinn im Leben zu finden oder diesen Sinn zu verfehlen.

Wir müssen den Jungen den Sinn von politischen Werten wieder deutlich machen. Voraussetzung dafür sind glaubwürdige Politik und glaubwürdige Politiker.

(Starker Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Unsere Politik muß ehrlich,

(Oh-Rufe bei der CDU)

verständlich

(Oh-Rufe bei der CDU – Beifall bei der SPD)

und nachvollziehbar sein – Ihre auch!

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Zu ihr gehören auch Begegnungen und Gespräche vor Ort. Nur über gemeinsames Reden, Zuhören und Antworten kann Verständigung entstehen.

(Zuruf von der CDU: Sehr wahr!)

Der oft gehörte Vorwurf, die Jugend stehe Staat und Gesellschaft ablehnend gegenüber, ist nach meiner Überzeugung falsch. Tatsache ist doch, daß viele junge Frauen und Männer in Hilfsorganisationen, in Gemeinden, in Vereinen und Parteien mitarbeiten. Viele junge Menschen zeigen persönlichen Einsatz und Solidarität in der Nachbarschaft, in der Altenhilfe, in der Krankenpflege, in der Drogenhilfe oder auch bei der Integration unserer ausländischen Mitbürger. Wir sollten ihnen danken, auch wenn der Stil junger Menschen nicht immer unseren Normen entspricht.

(Beifall bei der SPD)

Die jungen Männer leisten Wehrdienst oder Zivildienst. Sie haben Anspruch darauf, daß wir diesen Dienst für die Gemeinschaft anerkennen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

- (B) Ich werde in Kürze Angehörige der Bundeswehr und Zivildienstleistende aufsuchen, um deutlich zu machen, daß wir sehen und anerkennen, wie junge Menschen ihre Gewissensentscheidung in praktisches Handeln umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden das Jugendbildungsgesetz neu einbringen.

(Beifall bei der SPD)

Das Gesetz muß die individuellen Wünsche und Nöte der jungen Menschen wirklich umschreiben und Hilfen anbieten.

Mir machen die Jugendlichen Sorge, die aus der Realität in Alkohol und in Drogen flüchten. Hier verlangt unsere solidarische Mitverantwortung, daß wir zu helfen versuchen, so schwer das auch ist.

Die Landesregierung hat nach der Drogenkonferenz im Januar am 6. Mai 1980 das Programm gegen Drogenmißbrauch bekanntgegeben. Seine Schwerpunkte sind vorbeugende Suchtbekämpfung und Einrichten der notwendigen Therapieplätze. Sein Grundsatz ist: Helfen geht vor Strafen.

Der junge Mensch, der zum ersten Mal mit dem Gesetz in Konflikt kommt, ist deshalb noch kein Krimineller. Wer nur die Kriminalstatistik sieht, bekommt ein fal-

- sches Bild. Mehr sozialpädagogische Hilfen, mehr Verständnis und Erziehung können das verhängnisvolle Abgleiten in die Kriminalität verhindern. (C)

Auch in der Bildungspolitik gilt für uns: Solidarität mit allen und Chancengleichheit für alle. Nordrhein-Westfalen hat heute ein gut ausgebautes Bildungssystem. In den nächsten Jahren haben deshalb die erzieherischen und die inhaltlichen Aufgaben der Schule Vorrang.

(Hört, hört! bei der CDU – Gegenrufe bei der SPD)

Menschliche, kinderfreundliche Schule

(Oh-Rufe bei der CDU – Zuruf von der CDU: Das ist etwas Neues!)

und leistungsfähige Schule gehören untrennbar zusammen.

(Beifall bei der SPD)

Die Schule soll jedem Schüler nach seinen Lernmöglichkeiten solide Kenntnisse vermitteln; aber das Spielen, das Musische und das Handwerkliche dürfen in der Schule nicht zu kurz kommen.

(Beifall bei der SPD)

Die Schule soll in unserem Lande auch selbständige und selbstbewußte Demokraten erziehen, (D)

(Beifall bei der SPD)

Bürger mit eigenem Urteil, mit Sinn für soziales Verhalten und für soziale Gerechtigkeit und mit der Bereitschaft zur Toleranz.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Schulmitwirkungsgesetz haben wir Eltern, Lehrer und Schüler an einen Tisch und ins Gespräch miteinander gebracht. Wir wollen jetzt die Freiräume und die Gestaltungsmöglichkeiten der einzelnen Schulen erweitern und die pädagogische Verantwortung der Lehrer stärken.

(Beifall bei der SPD)

Die Zahl der Schüler geht zurück, und wir haben ausreichend Nachwuchs für den Lehrerberuf. Deshalb wird es jetzt leichter als bisher, Lehrermangel aufzuheben, der an manchen Schulen noch besteht. Wir können die äußeren Lernbedingungen in den Schulen weiter verbessern. So haben wir die Chance, pädagogisch Wünschenswertes zu verstärken, etwa die Erweiterung der Ganztagsangebote und den Ausbau der Schulberatung.

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Der Rückgang der Schülerzahlen stellt uns andererseits aber auch vor die größer und schwerer gewordene Aufgabe,

(Meuffels CDU: Kleine Schulen!)

ein ortsnahe und leistungsfähiges Bildungsangebot in allen Landesteilen zu sichern und auszubauen. Das kann auch die bewußte Hinnahme kleinerer Grundschulen bedeuten.

(Aha! bei der CDU)

Sonst würden die Schulwege zu weit und zu anstrengend.

(Zuruf von der CDU: Sehr wahr!)

Das gilt besonders für den ländlichen Raum.

(Beifall bei der SPD)

In allen Regionen des Landes muß die Möglichkeit gegeben sein, alle schulischen Abschlüsse zu erreichen.

(Beifall bei der SPD – Nagel CDU: Mir kommen die Tränen.)

- (B) Auch in diesem Zusammenhang muß die Gesamtschulpolitik der Landesregierung gesehen werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden die rechtlichen Möglichkeiten dafür schaffen, daß Gesamtschulen als gleichwertige und gleichberechtigte Angebotsschulen zur Ergänzung unseres Schulwesens dort errichtet werden können, wo die Eltern es wollen und wo das Angebot traditioneller Schulformen bei zumutbaren Schulwegen gesichert werden kann.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir halten die Gesamtschule für die Schulform, die am ehesten den Anforderungen der modernen Gesellschaft gerecht wird

(Zustimmung bei der SPD)

und in der sich Chancengleichheit und bestmögliche Förderung, humane Atmosphäre und vielseitige Bildung am ehesten verwirklichen lassen. Gerade im ländlichen Raum wird die Gesamtschule es manchen Gemeinden möglich machen, ihre Funktion in der Schulversorgung zu behalten.

(Beifall bei der SPD)

- (C) Beim Ausbau des herkömmlichen Schulwesens gilt unser Augenmerk vor allem der weiteren Verbesserung der Unterrichtssituation in der Hauptschule und dem Ausbau der 10. Klassen.

In der beruflichen Bildung müssen wir die Unterrichtsbedingungen in der Teilzeitberufsschule weiter verbessern, die berufliche Grundbildung und die Berufsfachschulen weiter ausbauen und den Erwerb von Doppelqualifikationen erleichtern, also von Berufsabschluß und Hochschulreife.

Die Studentenzahlen steigen in den nächsten Jahren weiter an. Deshalb wird die Landesregierung ihre Politik der Öffnung der Hochschulen fortsetzen. Jeder Studierwillige wird einen Studienplatz erhalten, freilich nicht immer am Ort und nicht immer im Fach seiner Wahl.

(Beifall bei der SPD)

In den nächsten Jahren muß der Studienreform der entscheidende Durchbruch gelingen. Studium ist ja kein Privileg für wenige mehr, sondern eine Chance für viele. Daraus ergibt sich: Studienreform muß sich stärker auf die Berufsfelder beziehen; sie muß die Studiengänge überschaubarer machen und muß sie stofflich-methodisch straffen.

- (D) Auch bei uns muß der junge Mensch wesentlich früher als bislang einen berufsqualifizierenden Abschluß erreichen können. Diesem Ziel dient auch die Gesamthochschule.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen mehr Partnerschaft und ein engeres Zusammenwirken der Hochschulen in Forschung und Lehre. Wir werden deshalb den Weg fortsetzen, den wir mit dem Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen begonnen haben, damit wir die Neuordnung des Hochschulwesens erreichen.

Die Landesregierung hält am föderativen Bildungssystem fest. Wir werden alles tun, um die gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse und damit Freizügigkeit für alle Bürger zu sichern. Wir sind aber nicht bereit, elementare Grundsätze unserer Bildungspolitik aufzugeben, weil andere Länder oder Landesregierungen das wollen.

(Zustimmung bei der SPD)

Unsere Familienpolitik soll den sozialen, den materiellen und den kulturellen Rahmen schaffen, damit sich jeder selbst entfalten und das Leben nach Werten gestalten kann, über die in der eigenen Familie entschieden wird.

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Die sozialen Benachteiligungen, die viele Familien aus eigener Kraft nicht bewältigen können, müssen beseitigt werden. Deshalb werden wir uns zum Beispiel für einen weiteren Ausbau des Kindergeldsystems einsetzen. Wir lehnen die Wiedereinführung der Kinderfreibeträge ab, weil durch sie Familien mit niedrigem Einkommen benachteiligt würden.

(Starker Beifall bei der SPD)

Wir wollen dem gewandelten Rollenverständnis von Mann und Frau Rechnung tragen. Es gilt, Wege zu finden, die es beiden möglich machen, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, ohne daß dies auf Kosten der Kinder geht. Jeder sollte für eine bestimmte Zeit die Möglichkeit haben zu wählen, ob er einen Beruf ausüben oder sich ganz der Erziehungsaufgabe widmen will. Hier müssen wir prüfen, was getan und wie es durch die Gesamtheit oder den einzelnen finanziert werden kann. Elternurlaub und verbesserte Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit erscheinen uns als sinnvolle und denkbare Schritte.

Politik für Frauen ist für uns mehr als ein Spezialbereich von Familienpolitik. Wir werden auch in der neuen Legislaturperiode daran weiterarbeiten, mit politischen und gesellschaftlichen Anstößen Benachteiligungen von Frauen abzubauen. Der Abbau von Vorurteilen und Nachteilen ist aber nur dann möglich, wenn sich das Bewußtsein der Gesellschaft über die Rolle von Mann und Frau ändert. Dazu gehört auch, daß die Frauen ihre Rechte selbstbewußt und politisch aktiv einfordern.

(B)

(Zurufe von der CDU)

Die Landesregierung wird ihre bewährte Politik für unsere älteren Mitbürger weiterentwickeln. Auch ältere Menschen, die pflegebedürftig sind, müssen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung und in ihren sozialen Bindungen bleiben können. Darum werden wir die Sozialstationen und andere ambulante Dienste ausbauen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Das ist richtig.)

Wir wollen aber auch neue Wege finden, damit alte Menschen von ihren Angehörigen oder von ihren Nachbarn besser betreut werden können.

Meine Damen und Herren, unsere Gesellschaft darf nicht nur für die Starken und Gesunden Platz haben. Sie muß sich daran messen lassen, wie sie zu denen steht, die nicht den allgemeinen Normen und Anforderungen entsprechen.

(Zustimmung bei der SPD)

(C) Deshalb werden wir alle Anstrengungen unternehmen, um auch die Forderungen der Psychiatrie-Enquete zu erfüllen. Wir wollen psychisch Kranke so weit wie möglich in kleineren und in ortsnahen Einrichtungen betreuen. Wir werden die ambulante Betreuung verstärken, und wir werden alle Chancen nutzen, die den Kranken die Wiedereingliederung erleichtern. Für bestimmte Bereiche und bestimmte Aufgaben kann aber auf psychiatrische Spezialkliniken nicht verzichtet werden.

Die ausländischen Arbeitnehmer waren uns als Arbeitskräfte erwünscht; aber nehmen wir sie und ihre Familien auch als Nachbarn an? Ich vermisse gelegentlich die Bereitschaft, unseren ausländischen Mitbürgern tolerant und aufgeschlossen zu begegnen. Manchmal wünschte ich mir aber auch, daß einige unserer ausländischen Mitbürger es uns leichter machen würden. Allerdings – und das sage ich nicht ohne Stolz –: Wir in unserem Land haben in der Vergangenheit mehrmals bewiesen, daß Integration möglich ist und daß Menschen aus anderen Ländern bei uns eine neue Heimat finden können. Ich bin deshalb zuversichtlich.

Wenn wir die Integration nicht erreichen, entstehen soziale und politische Spannungen. Die Landesregierung hat mit den Leitlinien zur Ausländerpolitik – zu denen auch ein klares Ja zum Anwerbestopp gehört – eine Konzeption entwickelt. Diese Konzeption ist zugleich ein Angebot an die ausländischen Arbeitnehmer, ihre kulturelle Identität zu wahren.

(D)

Aus bitterer Erfahrung unserer jüngsten Geschichte wissen wir: Das Asylrecht für politisch Verfolgte ist unverzichtbar und darf nicht geschmälert werden.

(Beifall bei der SPD)

Die rapide Zunahme sogenannter Scheinasylanten, die aus wirtschaftlichen Gründen in die Bundesrepublik kommen, ohne politisch verfolgt und an Leib und Leben gefährdet zu sein, macht aber rasche und wirksame Lösungen nötig.

Wir müssen uns schon deshalb entschieden gegen den unkontrollierten Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingen wehren, damit wir ohne Einschränkung eine wirkliche Zuflucht bleiben können für alle, die politisch, rassisch oder religiös bedroht, unterdrückt und verfolgt werden.

(Beifall bei der SPD)

Manche Bürger unseres Landes haben ja noch am eigenen Leibe ein solch schreckliches Schicksal erfahren.

Wir werden uns für ein schnelleres Asylverfahren auf allen Ebenen einsetzen. Die jahrelange, für alle Beteiligten belastende Ungewißheit über die Aufenthaltsgewährung muß deutlich verkürzt werden.

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Die Entwicklung unserer Städte und Gemeinden und die Erhaltung einer lebenswerten Wohnumwelt werden in der Landespolitik einen neuen Rang bekommen. Deswegen habe ich ein neues Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung gebildet.

Wir wollen die Umweltbelastung von Wohnbereichen in Städten verringern. Wir wollen der Stadtflucht entgegenwirken; wir wollen die Städte funktionsfähiger machen, und wir wollen die Innenstädte lebendig erhalten. Wir wollen verhindern, daß kostbare freie Landschaft zersiedelt wird.

(Beifall bei der SPD)

Das Land und die Gemeinden müssen gemeinsam dafür sorgen, daß unsere Städte menschenfreundlicher werden. Dazu brauchen wir familiengerechte Wohnungen in ruhigen Wohnvierteln mit weniger Verkehrsgefahren. Im Bild unserer Städte und Dörfer müssen die Bürger ihre Heimat erkennen können. Auch das Land muß bei seinen eigenen Bauten künftig stärker auf das Ortsbild achten.

- (B) Der Städtebau hat zugleich eine wichtige strukturpolitische Aufgabe. Eine Gemeinde wird durch eine lebenswerte Wohnumwelt und durch funktionsgerechte Zuordnung von Wohn- und Arbeitsbereichen auch als Standort für Unternehmen und Arbeitsplätze attraktiver. Deswegen sind Störungen der Wohnbereiche durch Industrie- und Gewerbebetriebe schrittweise abzubauen.

Unsere Städte und Gemeinden müssen auch für Freizeit, Sport und Kultur Raum bieten. So wenig es staatliche Aufgabe ist, die Freizeit des Bürgers zu verwalten, so wenig darf der Staat die völlige Kommerzialisierung der Freizeit hinnehmen. Die Landesregierung kann und will Freiräume sichern und – zusammen mit anderen Trägern – Angebote für die Bürger machen. Raum für Spiel und Muße, für Gespräch und Begegnung gehört vor allem in die dichtbesiedelten Wohnbereiche.

(Beifall bei der SPD)

Wegen der wachsenden Zahl neu gegründeter Haushalte muß der soziale Wohnungsbau fortgeführt werden.

(Beifall bei der SPD)

Das Förderungssystem muß vor allem zugunsten der Mietwohnungen gerechter werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Dazu sind besondere Initiativen und eine enge Zusammenarbeit mit dem Bund erforderlich. Auch die Ge-

- meinden selbst müssen sich stärker am sozialen Wohnungsbau beteiligen. (C)

Wir werden die Förderung auf Gebiete mit besonderem Wohnungsmangel konzentrieren. Wir werden vor allem den Familien, den alten und behinderten Menschen, den Aussiedlern und Flüchtlingen, den ausländischen Arbeitnehmern und den Studenten zu helfen versuchen.

Eine hohe Zahl von Wohnungen entspricht nicht mehr dem heutigen Standard. Deshalb werden wir die Wohnraummodernisierung weiter fördern.

Die Modernisierung darf aber nicht zu unangemessenen Mieterhöhungen führen und damit die Bewohner aus ihren angestammten Bereichen vertreiben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Die Verkehrspolitik muß heute zwei Grundsätze beachten: Energie zu sparen und Umwelt zu schonen. Wir haben in der Straßenbaupolitik begonnen umzudenken. Die Zahl der gebauten Kilometer ist nicht der Leistungsmaßstab. Entscheidend sind die Lebensqualität der Menschen und das ökologische Gleichgewicht. Wir werden die Modernisierung der Nahverkehrssysteme fördern – auch im ländlichen Raum – und den Ausbau des S- und Stadtbahnnetzes in den Verdichtungsräumen planmäßig fortsetzen. Nach dem erfolgreichen Start des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr wird die Landesregierung auf die Gründung von weiteren Verkehrsverbänden hinwirken. (D)

(Beifall bei der SPD)

Zur menschlichen Stadt gehören auch innerörtliche Verkehrsberuhigung und der Bau von verbundenen Radwegenetzen.

Zu dem, was uns stolz macht auf unser Land und auf seine Gemeinden, gehört gewachsene und wachsende Kultur, vielseitig und lebendig. Dieses Angebot ist wichtig zur Selbstfindung des Menschen, der nicht nur von Arbeit und Brot allein leben kann und will.

Wir wollen das Bestehende sichern und fördern. Aber Land und Gemeinden haben auch neue, ungewohnte Möglichkeiten des kulturellen Umgangs erschlossen. Kultur geschieht ja gerade in unserem Lande nicht ausschließlich in gewachsenen Formen wie Theatern, Vortragssälen, Galerien und Museen. Wir unterstützen seit Jahren unkonventionelle Autorenlesungen mit Diskussionen in den Schulen, weil wir die unmittelbare Begegnung der jüngsten Bürger mit der Literatur und den Schriftstellern für wichtig halten. Es gibt Kneipenlesungen, in denen heutige Lyrik und heutige Prosa nicht mehr über die Bühnenrampe, sondern über den Tresen

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) kommt. Es gibt Lesungen und Schauspiele unmittelbar vor den Arbeitern in den Betrieben. Es gibt Straßen- und Kindertheater, es gibt Laienkunst. Es gibt Aktionskunst, die sich den Umweltproblemen des Reviers stellt.

Wir werden das traditionelle Kulturangebot, aber eben auch diese zusätzlichen kulturellen Initiativen und offenen Kulturformen fördern. Dazu gehört eine besondere Filmförderung.

(Beifall bei der SPD)

Für die vielen hart arbeitenden Menschen in unserem Lande ist Sport ein wichtiger Ausgleich. Das Aktionsprogramm Breitensport wird ausgebaut, weil es sich gerade auch an die Menschen wendet, die am Rande der Gesellschaft stehen. Die Förderungsmaßnahmen für den Leistungssport und den Schulsport laufen weiter.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden mit den Sportverbänden partnerschaftlich zusammenarbeiten.

In seiner Gemeinde erlebt der Bürger die Politik unmittelbar. Die Gemeinden sind der nächste Ansprechpartner für den Bürger. Nordrhein-Westfalen hat für seine Gemeinden mehr getan als jedes andere Bundesland.

(B)

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Die Leistungen des Landes an die Gemeinden sollen mit der allgemeinen Entwicklung der Landesausgaben Schritt halten. Das komplizierte Zuweisungssystem soll überschaubarer werden.

(Aha! bei der CDU)

Alle Finanzausweisungen des Landes an die Gemeinden sollen in einem Gemeindefinanzierungsgesetz geregelt werden, dessen Entwurf wir Ihnen in Kürze vorlegen werden.

(Beifall bei der SPD)

Verwaltung, meine Damen und Herren – in öffentlichen Einrichtungen, in den Behörden des Landes, in den Kommunen –, sieht sich heute dem Vorwurf der „Bürokratie“ ausgesetzt. Das ist kein bloßes Vorurteil. Begriffe wie Engstirnigkeit, Umständlichkeit, Verständnislosigkeit und überhaupt die Vorstellung von einem undurchschaubaren, seelenlosen Räderwerk spielen hier mit.

Ich möchte zwei Vorbemerkungen machen:

(C) Erstens: Probleme der Bürokratie gibt es nicht nur in öffentlichen Einrichtungen. Bürokratie gibt es auch anderswo, auch in großen Unternehmen.

(Zustimmung bei der SPD)

Deshalb ist die Privatisierung öffentlicher Aufgaben kein geeignetes Mittel zum Abbau von Bürokratie.

(Sehr richtig! und lebhafter Beifall bei der SPD)

Zweitens: Der weitaus größte Teil der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst ist zuverlässig, leistungs- und verantwortungsbewußt.

(Beifall bei der SPD)

Dafür möchte ich all diesen Mitarbeitern danken, ob sie im Krankenhaus oder in der Schule, ob sie in den Ämtern der Gemeinden oder in den Behörden des Landes tätig sind.

Es gibt hier keine sogenannten „großen Lösungen“. Aber dem Bürger sollte wenigstens die Suche von Amt zu Amt erspart werden; zumindest große Behörden sollten dem Bürger eine Informations- und Beratungsstelle anbieten. Wir wollen mit einigen Schritten dazu beitragen, daß die Leistungen der Verwaltung insgesamt und damit die Dienste für den Bürger verbessert werden.

(D)

(Wendzinski SPD: Wir machen mit!)

Wir wollen die Aus- und Fortbildung der öffentlich Bediensteten daraufhin überprüfen, ob sie praxisnah genug und bürgerfreundlich ist. Wir wollen die Eigenverantwortung der Angestellten und Beamten stärken.

Die Landesregierung wird eine unabhängige Kommission berufen. Sie soll Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften daraufhin überprüfen, ob sie unbedingt nötig, einfach anwendbar und leicht verständlich sind.

Aber ich sage mit aller Deutlichkeit: Der Zielkonflikt zwischen Gleichbehandlung und Einzelfallgerechtigkeit, zwischen Rechts- und Verwaltungsvereinfachung und Bürgerbeteiligung bleibt. Hier gibt es keine Patentrezepte, sondern nur ständiges Bemühen aller Beteiligten und Betroffenen.

(Beifall bei der SPD)

Aus aktuellen Anlässen der jüngsten Zeit sage ich ein Wort zur Polizei: Ihr danken wir für besonnene Pflichterfüllung.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Polizei und Justiz haben besonders schwierige Aufgaben. Sie sind die einzigen Institutionen in unserem freiheitlichen Rechtsstaat, die staatliche Macht gegenüber dem Bürger notfalls auch mit Gewalt durchsetzen müssen. Sie stehen deshalb in einem besonderen Treueverhältnis. Dieses Treueverhältnis darf nicht einseitig bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Grundvoraussetzung für die Arbeit der Polizei ist das Vertrauen der Bürger. Jeder Polizeibeamte muß zuerst und vor allem versuchen, dieses Vertrauen zu gewinnen, es zu rechtfertigen und es durch guten Kontakt zu den Bürgern zu erhalten.

Dabei müssen erfahrene Beamte der großen Zahl neu eingestellter Nachwuchskräfte besonders helfen. Nachdem die Polizei die im Programm „Innere Sicherheit“ vorgesehene Personalstärke erreicht hat, steht jetzt die Konsolidierung im Vordergrund.

Zur inneren Sicherheit gehört auch die Arbeit des Verfassungsschutzes, die sich auf gesetzlicher Grundlage vollzieht. Weil wir die Voraussetzungen für eine wirksame, aber von Mißtrauen freie Arbeit verbessern wollen, wird die Landesregierung ein Verfassungsschutzgesetz einbringen,

- (B) (Bravo! und Beifall bei der SPD)

mit dem die Kontrolle des Verfassungsschutzes durch ein neu zu schaffendes kleines parlamentarisches Gremium verstärkt wird.

Meine Damen und Herren, wir haben durch die Regelung des Einstellungsverfahrens in der Extremistenfrage einen neuen Anfang gemacht. Die Regelung hat die sachlich-rechtlichen Anforderungen gegenüber den Bewerbern für den öffentlichen Dienst nicht geändert. Sie wird rechtsstaatlich und liberal angewendet. Nach diesen Grundsätzen werden wir die noch nicht entschiedenen Fälle rasch lösen.

Wir wollen eine engagierte und kritische Jugend zur Mitarbeit in unserem Staat gewinnen. Deshalb haben wir mit der Abschaffung der Regelanfrage ein Ärgernis beseitigt, das große Teile der jungen Generation daran gehindert hat, Vertrauen in unsere freiheitliche Ordnung zu finden.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch des Abg. Dr. Pohl CDU)

Wir wollen die bewährten Strukturen mit ihrem Gegenüber von privatwirtschaftlich organisierter Presse und öffentlich-rechtlichem Rundfunk erhalten. Die chancengleiche, freie Information des Bürgers darf auch un-

- ter neuen technischen Bedingungen nicht kommerziellen Interessen untergeordnet werden. (C)

(Beifall bei der SPD)

Mit den neuen Medien können einschneidende Veränderungen für Staat und Gesellschaft auf uns zukommen. Sie bringen zwar mehr Informationsmöglichkeiten; aber sie bringen auch erhebliche Probleme: Reizüberflutung, Sprachlosigkeit, Konsumunterwerfung. Bevor wir über die neuen Medientechniken entscheiden, muß ihre Einführung sehr sorgfältig erprobt werden. Dabei wollen wir vor allem die Auswirkungen auf den einzelnen und die Familie, auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt und auf die Medienstruktur untersuchen.

Nordrhein-Westfalen hat mit dem in diesen Tagen begonnenen Feldversuch Bildschirmtext im Raum Düsseldorf und mit der Entscheidung für das Kabelprojekt Dortmund die ersten Schritte zur Erprobung getan. Dabei geht es für mich nicht nur um das Wie; entscheidend bleibt das Ob.

Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Norddeutschen Rundfunk sollten alle Bundesländer endlich wieder zu einer gemeinsamen Rundfunkpolitik zurückkehren

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

– zu einer gemeinsamen Rundfunkpolitik, über die noch im Mai 1978 volle Übereinstimmung bestanden hat. Ich werde auf der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz auf eine Bestätigung dieser Grundsätze drängen. Das bedeutet: Festhalten aller Länder an der öffentlich-rechtlichen Rundfunkstruktur, zumindest während der Erprobungszeit der Pilotprojekte. (D)

(Beifall bei der SPD)

Sollte ein Land aus dieser Gemeinsamkeit ausbrechen, dann muß sich auch Nordrhein-Westfalen rundfunkpolitische Konsequenzen vorbehalten.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Und finanzielle!)

Wir werden weiter für den öffentlich-rechtlichen, unabhängigen Rundfunk und gegen den Kommerzfunk streiten.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren! Dieser Staat, in dem wir leben, ist der freieste, den es je auf deutschem Boden gab. Es lohnt sich, für unsere gesellschaftliche Ordnung zu streiten; aber sie ist auch verbesserungswürdig und verbesserungsfähig. Für mich gilt auch das, was Gustav

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Heinemann gesagt hat: daß die Grundwerte dieser Ordnung „freiheitliche Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit“ der „fortwährenden Bemühung um täglich bessere Verwirklichung durch den mündig mitbestimmenden Bürger“ bedürfen.

(Geismann CDU: Amen! – Beifall bei der SPD)

– Wer zu diesem Wort Gustav Heinemanns amen sagt, sollte sich einmal überlegen, ob er richtig gebetet hat.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Der Staat soll und muß die freiheitliche, demokratische Ordnung sichern und weiterentwickeln, und er muß die Voraussetzungen für Solidarität schaffen. Deshalb werden wir uns auch in Zukunft um soziale Verbesserungen da bemühen, wo sie nötig sind, und den Bürger früh in die Entscheidungsprozesse einbeziehen, wo immer das möglich ist. Wir – und nun meine ich Parlament und Regierung – müssen Partner im Dialog untereinander und im Dialog mit dem Bürger sein. Wir wollen zuhören, nachdenken, antworten und dann entscheiden. Das ist die richtige Schrittfolge.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Wir brauchen die kritische Begleitung durch Presse, Rundfunk und Fernsehen. Wir brauchen die Mitarbeit der gesellschaftlichen Gruppen, der Kirchen, der Gewerkschaften und der Arbeitgeber, der Träger der freien Wohlfahrtspflege und der vielen, die – ohne im Rampenlicht zu stehen – ehrenamtlich der Gesellschaft dienen. Um diese Mitarbeit bitten wir. Die Landesregierung wird sich mit ihrer Bereitschaft zum Dialog beim Wort nehmen lassen. Am Ende des Dialogs werden Entscheidungen stehen. Die Landesregierung wird sie verantworten.

Die Landesregierung wird die Schwerpunkte ihrer künftigen Politik in einem neuen Nordrhein-Westfalen-Programm zusammenfassen, um dessen Konzeption ich mich selber besonders bemühen werde.

(Beifall bei der SPD)

(C) Dieses Programm soll die Grundlage für die Entwicklung unseres Landes in den achtziger Jahren sein.

Meine Damen und Herren, wir wollen unsere Arbeit tun wie die Bürger auch: beharrlich in unseren Zielen, tatkräftig in unserem Handeln und mit Stolz auf unser Land. Wir wollen einander in Respekt und Toleranz begegnen, offen miteinander reden und uns um das sachliche Argument und um die beste Lösung bemühen. Das gilt für mich selbstverständlich auch im Verhältnis von Regierung und Opposition. Über unsere absolute Mehrheit im Landtag freuen wir uns von Herzen.

(Zustimmung bei der SPD)

Aber wir sind nicht übermütig. Wir wollen selbstbewußt sein, aber nicht selbstgefällig werden. Wir wollen miteinander um die richtige Politik für Nordrhein-Westfalen streiten.

Wir alle sind durch unser Mandat dem Wohl des ganzen Landes verpflichtet. Lassen Sie uns alles tun, damit Nordrhein-Westfalen sozial und der Friede sicher bleibt.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Meine Damen und Herren, Sie haben die Regierungserklärung entgegengenommen. Wir sind damit am Ende unserer heutigen Sitzung.

(D) Entsprechend dem zwischen den Fraktionen vereinbarten Zeitplan berufe ich den Landtag zu seiner **nächsten Sitzung** für Donnerstag, den 12. Juni 1980, 10.00 Uhr, wieder ein. Im Mittelpunkt dieser Sitzung wird die Debatte über die Regierungserklärung stehen. Die Tagesordnung ist heute vormittag in Ihre Fächer verteilt worden.

Das Präsidium bitte ich, jetzt sofort in Raum 303 zusammenzukommen.

Ich danke Ihnen. Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß: 12.55 Uhr**

Ausgegeben: 11. Juni 1980

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend und einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (02 11) 88 44 39, zu beziehen.